

## Die Verwirklichung der Millenniumsziele im Südlichen Afrika

### Simbabwe

Als Simbabwe 1980 nach langem Befreiungskampf unabhängig wurde, bestand große Hoffnung, dass das Land zu einem Beispiel erfolgreicher eigenständiger Entwicklung im Südlichen Afrika werden könnte. Diese Hoffnungen haben sich aus unterschiedlichen Gründen nicht erfüllt. Die Tatsache, dass die Eigentumsverhältnisse nach der Unabhängigkeit nicht grundlegend verändert wurden, sondern die weißen Farmer einen Großteil des fruchtbaren Landes behielten (wenn sie es nicht freiwillig verkauften), hatte zur Konsequenz, dass der große Teil der schwarzen Bevölkerung in den ländlichen Gebieten bitterarm blieb und mit kleinen semi-ariden Feldern ein karges Auskommen fristen musste. Entsprechend groß ist die politische Verbitterung. Die Lebenssituation der Armen in den Städten verbesserte sich – wenn überhaupt – nur sehr langsam. Dafür bildete sich eine schwarze Oberschicht, die in jene Villen zog, die ausgewanderte weiße Familien hinterlassen hatten. So wuchs die Entfremdung zwischen politischer und wirtschaftlicher Führungsschicht und der breiten Bevölkerung, während das Verhältnis zwischen schwarzer und weißer Bevölkerung spannungsreich blieb.

Die politische Führung um Präsident Mugabe sah sich angesichts der Opfer des Befreiungskampfes berechtigt, nun die Früchte der Unabhängigkeit zu genießen. Um ihre privilegierte Position zu verteidigen, sind in den letzten Jahren immer brutalere Methoden angewandt worden, zuletzt die Vertreibung von Hunderttausenden aus den städtischen Armenvierteln. So ist Simbabwe ein Lehrbuchbeispiel dafür geworden, wie unter westlichem Druck die Unabhängigkeit unter ungünstigen sozialen Bedingungen begann und anschließend die einheimische Elite das Land in eine wirtschaftliche und politische Krise führte.

Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, dass Simbabwe 2003 mit einem durchschnittlichen Prokopfeinkommen von 480 Dollar weiterhin einen der oberen Plätze in der Region einnimmt, beim „Human Development Index“ aber auf Platz 145 (von 177 Ländern) zurückgefallen ist und noch hinter einem Land wie Lesotho mit ungleich schwierigerer wirtschaftlicher Ausgangslage rangiert. Beim „Human Poverty Index“ nimmt Simbabwe lediglich Platz 89 unter 103 bewerteten Ländern ein. Dem ärmsten Teil der Bevölkerung geht es also selbst im Vergleich zu anderen wirtschaftlich armen Ländern besonders schlecht. Die Lebenserwartung beträgt lediglich 37,2 Jahre, Mitte der 1970er Jahre betrug sie noch 56 Jahre.



#### Ziel 1:

##### Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Anfang des Jahrhunderts musste 64,2% der 12 Millionen Einwohner Simbawwes mit weniger als zwei Dollar am Tag leben, 36% sogar mit weniger als einem Dollar. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Diese Armut ist um so schwerer zu ertragen, als die Betroffenen erleben, dass die weiße Bevölkerung und die schwarze Oberschicht einen ungleich höheren Lebensstandard genießen. Für 1995 liegen die letzten Daten über die Einkommensverteilung vor. Damals mussten die ärmsten 10% mit 1,8% des Nationaleinkommens auskommen, während die reichsten 10% auf 40,3% kamen. Der heutige Grad der Verarmung großer Teile der Bevölkerung wäre noch dramatischer, wenn nicht drei Millionen Menschen aus Simbabwe nach Südafrika migriert wären, um dort eine Beschäftigung zu finden und die Familien in der Heimat zu unterstützen. Jeden Monat kehren 300.000 Menschen notgedrungen ihrer Heimat den Rücken, um nach Südafrika zu gehen.

Die Vertreibung von etwa 700.000 Menschen aus städtischen Armenvierteln und die Zerstörung dieser Wohngebiete im Rahmen der Aktion „Murambatsvina“ („Schafft den Müll weg“) hat das Ausmaß der Armut in Simbabwe deutlich erhöht. Allein in Harare verloren nach Berechnungen einer simbabweschen Nichtregierungsorganisation für obdachlose Menschen mindestens 375.000 Menschen ihre Häuser und Hütten. Die Regierung plant nach eigenen Angaben auf dem Gelände der zerstörten Unterkünfte den Bau von 10.000 Häusern für 300 Millionen Dollar. Die vertriebenen Stadtbewohner sind in Übergangslagern außerhalb der großen Städte untergebracht worden und müssen fürchten, dass dies für lange Zeit so bleiben wird. Die Regierung appellierte Ende Juli an die Vereinten Nationen und die übrige internationale Gemeinschaft, an der

Finanzierung des Baus neuer Häuser mitzuwirken. Dieses Ansinnen stieß nicht nur international, sondern auch bei der politischen Opposition Simbabwes auf Ablehnung, zumal parallel die Zerstörung von Armenvierteln fortgesetzt wurde. Die Erwartung der Regierung, dass die Vertriebenen in ursprüngliche ländliche Heimatgebiete zurückkehren würden, erfüllten sich u.a. deshalb nicht, weil die Stadtbewohner dort über kein Land verfügen und damit keine Überlebenschancen haben.

Von 1975 bis 2001 stieg der Anteil der städtischen Bevölkerung von 19,6% auf 34,5%. Die städtische Infrastruktur ist bei weitem nicht in gleichem Umfang gewachsen, ebenso wenig die Zahl der Arbeitsplätze. Dies hat zu einem raschen Anstieg der Zahl der städtischen Armen geführt. Es wird erwartet, dass der Anteil der städtischen Bevölkerung bis 2015 auf 41,4% steigen wird, eine enorme Herausforderung im Kampf gegen die städtische Armut.

Die Dürre 2005 hat sichtbar gemacht, wie gefährdet die Ernährung großer Teile der Bevölkerung ist. Internationale Hilfsorganisationen befürchteten im Juli 2005, dass bis zu 4,5 Millionen Menschen in den folgenden Monaten auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sein würden. Aus politischen Gründen zögerte die Regierung aber, einen Hilfsappell an die internationale Gemeinschaft zu richten und erklärte, über genügend eigene Maisvorräte zu verfügen bzw. importieren zu können, um die von Hunger bedrohte Bevölkerung zu ernähren. Das „World Food Programme“ fürchtet, dass die internationale Finanzierung der Nahrungsmittelhilfe mangels Kooperationsbereitschaft der Regierung schwierig wird.

## **Ziel 2:**

### **Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung**

2002 besuchten etwa 83% aller Kinder eine Grundschule, eine leichte Verschlechterung gegenüber den 86% im Jahre 1990. Die erwähnte Vertreibung von Hunderttausenden aus städtischen Armenvierteln hat eine sehr negative Auswirkung auf den Schulbesuch der ohnehin benachteiligten Kinder gehabt. Viele Tausend Kinder wurden mit ihren Eltern weit entfernt von ihren bisherigen Schulen in provisorischen Lagern ohne Bildungsangebote abgeladen. Viele zogen auf der Suche nach Überlebenschancen weiter. Es wird geschätzt, dass der Schulbesuch von 300.000 Kindern unterbrochen wurde.

Zu den Erfolgen der Bildungspolitik gehört es, dass 2002 90% aller Einwohner lesen und schreiben konnten. Ein Jahrzehnt früher waren es erst 80,7% gewesen.

## **Ziel 3:**

### **Förderung der Gleichheit der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen**

Auf dem „Gender-Related Development Index“ steht Simbabwe auf Platz 111 von 140 bewerteten Ländern. Frauen verdienen lediglich 57% dessen, was Männer erhalten. Ein Zehntel der Sitze im nationalen Parlament wird von Frauen eingenommen, während die SADC beschlossen hat, dass mindestens 30% erreicht werden sollten.

Neben der Gewalt gegen Frauen, die in Familien in großem Umfang vorkommt, bereitet auch die große Zahl von Vergewaltigungen von Mädchen Sorge. Nach Angaben des „Girl Child Network“ zeigen jeden Tag sechs Mädchen eine Vergewaltigung an, hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer. Besonders gefährdet sind Mädchen in Haushalten, in denen es als Folge der AIDS-Pandemie keine Erwachsenen mehr gibt. Die Gefahr, sich bei Vergewaltigungen selbst mit HIV/AIDS zu infizieren, ist für die Mädchen hoch.

## **Ziel 4:**

### **Senkung der Kindersterblichkeit**

Von 1.000 lebend geborenen Kindern starben 1990 80 bis zum 5. Geburtstag, bis 2003 stieg die Zahl auf 126, ein Wert, der international und auch im Vergleich zum Nachbarn Namibia (65 von 1.000 Kinder) hoch ist. Zu erklären ist der Anstieg der Kindersterblichkeit vor allem durch die unzureichende Ernährung, den desolaten Zustand großer Teile des Gesundheitswesens und die Verbreitung von HIV/AIDS. Da die Kindersterblichkeit mit einer Verbesserung der Ernährungssituation und einem Ausbau des Gesundheitswesens binnen relativ kurzer Zeit signifikant verbessert werden kann, erscheint bei einer entsprechenden Politik eine Erreichung des Millenniumsziels durchaus möglich.

## **Ziel 5:**

### **Verbesserung der Gesundheit von Müttern**

Im Jahre 2000 starben 1.100 von 100.000 Frauen bei der Geburt eines Kindes. Simbabwe gehört damit weltweit zu den Ländern mit der höchsten Müttersterblichkeit. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass 40% der ländlichen Gesundheitszentren ohne eine ausgebildete Krankenschwester auskommen müssen. Die Regierung will bis 2007 insgesamt 6.000 Krankenschwestern ausbilden. Wären alle Gesundheitszentren mit ausgebildeten Schwestern besetzt, wäre dies ein wesentlicher Beitrag zur Verminderung der Müttersterblichkeit.

## **Ziel 6:**

### **Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten**

Jede Woche sterben nach Angaben staatlicher Stellen 4.500 Menschen an AIDS. Die Zahl der Kinder, die durch AIDS zu Waisen wurden, wird auf eine Million geschätzt. Der Anteil der Bevölkerung, der mit HIV/AIDS lebt, hat sich nach offiziellen Angaben von 2003 bis Anfang 2005 von 24,6% auf 21,3% vermindert. Dieser Erfolg wurde von Gesundheitsminister David Parirenyatwa mit der Aufklärungsarbeit und der Verhaltensänderung der Bevölkerung begründet. Einschränkend muss gesagt werden, dass eine Senkung der Infektionsrate um ein Achtel in kaum mehr als einem Jahr die Frage der Zuverlässigkeit der Berechnungen aufwirft. Selbst wenn man eine hohe Sterberate von AIDS-Kranken, die die Höhe der Infektionsrate der lebenden Bevölkerung vermindert, annimmt, dürfte sich kaum jemand infiziert haben, um die angegebene Verminderung des Anteils der Menschen mit HIV/AIDS zu erreichen. Dies erscheint unwahrscheinlich. Immerhin können die Zahlen darauf hindeuten, dass die Ausbreitung von HIV/AIDS auf einem wenn auch hohen Niveau stabilisiert werden konnte.

Nach Angaben der „Zimbabwe Association of Doctors for Human Rights“ haben die Vertreibungen aus städtischen Armenvierteln im Jahre 2005 negative Auswirkungen auf die Behandlung HIV positiver Kinder und Erwachsener gehabt. Die Menschenrechtsvereinigung appellierte an regionale und internationale medizinische Vereinigungen, ihren Einfluss zu nutzen, um die Regierung Simbabwes zur Beendigung der Vertreibungen zu bewegen.

Dass HIV/AIDS besonders gravierende Auswirkungen auf simbabwesche Frauen hat, stellte Tendai Westerhof kürzlich in dem Buch „Unlucky in Love“ dar. Wenn ein Test ergibt, dass sie und ihr Mann HIV positiv sind, wird von dem Mann und häufig auch von Verwandten der Frau dafür die Verantwortung gegeben und sie wird nicht selten aus dem gemeinsamen Haus vertrieben. Aber auch wenn dies nicht geschieht, bleibt der Frau die Verantwortung für das Überleben und Wohlergehen der Kinder. Tendai Westerhof betont: „Es ist höchste Zeit, dass sowohl Männer als auch Frauen die Verantwortung für das übernehmen, was sie tun.“

Frauen in ländlichen Gebieten tragen die Hauptverantwortung für die Arbeit in der Landwirtschaft, und wenn die Männer in der Stadt arbeitet, müssen sie die schwere Arbeit allein leisten. Erkrankten sie oder Familienmitglieder an AIDS, bleibt sehr viel weniger Zeit für die landwirtschaftliche Arbeit. Die Folge ist, dass die Produktion zurückgeht und sich damit auch die Ernährungslage der Familie verschlechtert, obwohl gerade Menschen mit HIV/AIDS auf eine gute und vielseitige Ernährung angewiesen sind. National wirkt sich außerdem aus, dass die Infektionsrate unter Landarbeiterinnen und Landarbeitern auf den großen Farmen mit 43% besonders hoch ist und deshalb bereits deutliche Produktionsrückgänge zu verzeichnen sind.

## **Ziel 7:**

### **Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit**

Simbabwe ist durch die globalen Klimaveränderungen stark betroffen, die sich vor allem darin zeigen, dass die Zahl lang anhaltender Dürreperioden zunimmt. Dass die Abholzung der Wälder voranschreitet, kann die Klimasituation nur noch weiter verschlechtern. 1990 waren noch 57,5% der Fläche Simbabwes bewaldet, 2001 nur noch 49,2%. Wie die „Zimbabwe Conservation and Development Foundation“ Mitte 2005 feststellen musste, sind inzwischen auch Nationalparks von Zerstörung bedroht. So haben landlose Bauernfamilien mit offizieller Duldung große Flächen des Gonarezhou Nationalparks in Ackerland verwandelt und dafür die bisherige Vegetation sowie die Tierpopulation teilweise vernichtet.

Angesichts der zurückgehenden Niederschläge wäre eine Landwirtschaftsförderung erforderlich, die einerseits gezielt die Bewässerungslandwirtschaft unter Einsatz wassersparender Methoden fördert und andererseits den Regenfeldbau dabei unterstützt, mit Dürreperioden besser zurechtzukommen, zum Beispiel durch die Förderung des Anbaus von Pflanzenarten, die längere Trockenperioden gut überstehen. Nötig ist auch die Verbesserung der Versorgung der Landwirtschaft mit Wasser durch breit angelegte Programme des „rain water harvesting“, also das Sammeln von Regenwasser von Dächern in Tanks sowie das Speichern von Oberflächenwasser durch kleine Erdwälle und Dämme. Eine solche langfristig angelegte und entschlossen durchgeführte Landwirtschaftspolitik fehlt aber bisher in Simbabwe.

Der Anteil der Menschen, die Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, erhöhte sich von 1990 bis 2002 von 77% auf 83%. Es besteht also die Aussicht, die Zahl der Menschen, die keinen Zugang haben, bis 2015 zu halbieren. Der Anteil der Menschen mit Zugang zu einer sanitären Entsorgung hat sich im gleichen Zeitraum von 49% auf 57% erhöht. Hier sind größere Anstrengungen erforderlich, um dem Millenniumsziel zumindest nahe zu kommen.

Als Problem erweist sich zudem im Trinkwasser- und Abwasserbereich, dass der Rückgang staatlicher Leistungen sich auch auf diesem Gebiet auswirkt. So beklagten sich Anfang Juli die Bewohnerinnen und Bewohner von zehn Stadtteilen im Norden von Harare, dass sie seit zehn Tagen kein Trinkwasser erhielten. Die Stadtverwaltung gab als Grund eine geborstene Hauptleitung an, ein Schaden, der andernorts und früher auch in Harare binnen Stunden oder zumindest eines Tages behoben wurde. Die Bewohner befürchteten den Ausbruch von Seuchen, wenn die Versorgung nicht umgehend wieder aufgenommen würde. Die Bewohner des Arbeiterviertels Tafara warteten im Mai bereits zwei Monate vergeblich darauf, dass eine Abwasserleitung repariert wurde, aus der das Abwasser in einen Fluss strömte, der vorher zur Trinkwasserversorgung gedient hatte, nachdem die städtische Trinkwasserversorgung schon längere Zeit nicht mehr funktionierte. In einem in London erschienen Bericht heißt es, dass die Infrastruktur

„zugrunde geht“. Selbst in der simbabwesche Presse, die unter massivem staatlichen Druck steht, wird ausführlich über die Missstände berichtet.

#### **Ziel 8:**

##### **Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft**

Simbabwe hat in den letzten Jahrzehnten viel für den Ausbau des Telekommunikationsbereichs getan, sodass 2002 immerhin 25 von 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern über einen Telefonanschluss und sogar 30 über ein Mobiltelefon verfügten. Es besteht aber die Gefahr, dass das Land hinter der Expansion auf dem Telekommunikationsgebiet in anderen Ländern der Region zurückbleibt. Eine internationale Unterstützung wäre dringend erforderlich, ist aber unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen nicht zu erwarten.

2002 erhielt Simbabwe internationale Hilfe in Höhe von 200,6 Millionen Dollar, 15,6 Dollar je Einwohner. Das ist einer der niedrigsten Prokopfwerte im Südlichen Afrika. Das relativ hohe durchschnittliche Prokopfeinkommen trägt hierzu bei (Simbabwe gehört nicht in die Gruppe der ärmsten Länder), vor allem aber das zerrüttete Verhältnis der Regierung zu den meisten internationalen Geberländern und -institutionen. Die Hoffnungen Mugabes, bei einer Chinareise im Juli 2005 einen dringend benötigten Kredit von einer Milliarde Dollar zu erhalten, erfüllte sich nicht. Es wurden lediglich sechs Millionen Dollar humanitäre Hilfe zugesagt und einige kleinere Vorhaben in Aussicht gestellt. Südafrika ist nur bereit, einen Kredit zu gewähren, wenn grundlegende wirtschaftliche und politische Reformen durchgeführt werden. Wenn Hilfe bewilligt wird, dann oft trotz und nicht wegen der Politik der Re-

gierung. BMZ-Sprecherin Barbara Wieland erklärte 2005: „Deutschland finanziert in Simbabwe nur noch Programme im Rahmen der Nothilfe.“ 2003 flossen 10 Millionen Euro deutscher Entwicklungsgelder nach Simbabwe und 21,1 Millionen Euro EU-Mittel. Auch die Auslandsinvestitionen in Simbabwe sind gering.

Von einer Entwicklungspartnerschaft ist man im Falle von Simbabwe weit entfernt. Die westlichen Regierungen stellen zwar Gelder für humanitäre Zwecke zur Verfügung, die europäischen Staaten und die USA haben aber gleichzeitig ein System der Sanktionen gegen die politische Führungsschicht Simbabwes aufgebaut. So gilt im EU-Raum ein Einreiseverbot für Präsident Mugabe und mehr als 100 seiner politischen Gefolgsleute, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Der Afrikaexperte Stefan Mair verwies im Juli 2005 gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ darauf, dass solche Sanktionen erst längerfristig Wirkung zeigen würden, aber: „Es gibt auch gar keine Alternative zur Sanktionspolitik.“ Hoffnung weckt, dass in Simbabwe und in anderen Teilen Afrikas ein breites Bündnis von Menschenrechtsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft entstanden ist, die sich im Lande selbst und weltweit gegen die simbabwische Regierungspolitik zur Wehr setzen. Ein Sprecher dieser Bewegung erklärte im Juni 2005 in New York: „Afrikanische Solidarität sollte den Menschen in Afrika gelten – nicht repressiven Führern.“